

NACHRICHTEN

Unterstützung für die Universität Pristina

VADUZ: Die Regierung hat beschlossen, im Rahmen der Zusammenarbeit Liechtensteins mit Osteuropa der Universität Pristina im Kosovo einen Beitrag von 10 000 Franken zukommen zu lassen. Die Universität Pristina war durch die Kriegswirren im Kosovo und die Besetzung durch Truppen aus Restjugoslawien stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der österreichische Minister für Wissenschaft und Verkehr, Caspar Einem, gelangte an seine Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarländern Österreichs mit dem Ersuchen um Unterstützung dieses Wiederaufbauprojekts. (paf)

Kommission bestellt

VADUZ: Die Regierung hat die Mitglieder der Kommission für Ingenieure und Architekten für die Mandatsperiode 2000/2004 bestellt. Es sind dies:

Vorsitz: Johann Ott, Leiter des Tiefbauamtes;
Mitglieder: Wolfgang Meier, Mauren; Dagobert Oehri, Schaan; Jeanette Risch, Schaan; Katharina Wenaweser, Schaan;
Ersatzmitglieder: Markus Beck, Balzers; Anja Eberle, Schaan; Daniel Kranz, Nendeln.

Die Kommission für Ingenieure und Architekten setzt sich aus fünf Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern zusammen. Ihr gehören unter anderem ein Vertreter des Hoch- oder Tiefbauamtes als Vorsitzender sowie zwei auf Vorschlag der Liechtensteinischen Ingenieur- und Architektenvereinigung gewählte Mitglieder an. (paf)

Landesbeiträge an Entwicklungsprojekte

VADUZ: Die Regierung hat Kredite im Gesamtbetrag von 744 026 Franken für sieben Projekte des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) genehmigt. Es werden dabei folgende Projekte unterstützt:

- 88 890 Franken wurden als Beitrag an das Projekt CANAT – Casa de Ninõ y Adolescente Trabajador (Haus für arbeitende Kinder und Jugendliche) – in Sucre, Bolivien, genehmigt.
- Für die HIV/Aids-Beratung und Unterstützung für die Bevölkerung des Choma Distrikts, Südpfanz, Zambia, wurden 154 176 Franken bewilligt.
- Die Förderung von Kleinbetrieben und -initiativen durch Schulung der unternehmerischen Fähigkeiten in Zimbabwe, Bulawayo, wird mit 107 158 Franken unterstützt.
- Das Gesundheitszentrum DIMES – Centro Integral de Medicina Social – in Sucre, Bolivien erhält 211 082 Franken.
- Für die Finanzierung eines Kleinprojektfonds zur Förderung kleiner einheimischer NGOs in Mali, Region um Bamako, wurden von der Regierung 72 320 Franken bewilligt.
- 80 000 Franken wurden für den Aufbau eines Allzweckgebäudes der Pfarrgemeinde San Juan Bautista de Challapata, Provinz Avaroa, Oruro, Bolivien, gesprochen.
- Für die Fertigstellung des Lagergebäudes mit Büro-, Ausstellungs- und Lackierraum in Nicaragua, Puerto Cabezas, wurden 30 400 Franken genehmigt. (paf)

Ein Seniorenbeirat zur Unterstützung der Regierung

Liechtensteinischer Seniorenbund reichte Petition an den Landtag ein



Marianne Beck, Emma Brogle und Gebhard Näscher vom Vorstand des Liechtensteinischen Seniorenbundes überreichten gestern dem Landtagspräsidenten Dr. Peter Wolf die Petition, die anhand der Ergebnisse der ersten Tagung des Senioren-Parlaments erarbeitet worden war. (Bild: bak)

Nach dem Motto «Alle Generationen – eine Gesellschaft» wollen sich auch die Senioren aktiver an der Gestaltung unseres Landes beteiligen und ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen. Sie schlagen daher in einer Petition unter anderem die Bildung eines Seniorenbeirats vor, der inskünftig der Regierung als beratendes Organ dienen könnte. Die Petition wurde gestern Vormittag eingereicht.

Manfred Ohri

Sechs Wochen vor Ablauf des «Internationalen Jahres der älteren Menschen 1999», das in Liechtenstein mit zahlreichen Veranstaltungen seinen Niederschlag fand, hatte der Liechtensteinische Seniorenbund (LSB) am 17. November 1999 zum ersten Senioren-Parlament nach Vaduz eingeladen und die Tagung unter das Motto der Vereinten Nationen gestellt: «Alle Generationen – eine Gesellschaft». Im Zentrum der Ansprachen und Debatten standen die soziale Sicherheit und das Zusammenleben der Generationen.

«Generationenvertrag»

Auf der Grundlage der damaligen

Diskussionen erarbeitete der LSB-Vorstand inzwischen eine Petition, die einstimmig verabschiedet wurde und den Themengebieten AHV und IV, Krankenkasse, Steuern und Seniorenbeirat gewidmet ist. Gestern überreichten nun LSB-Präsident Gebhard Näscher, Vizepräsidentin Emma Brogle und Aktuarin Marianne Beck die ausgefertigte Petition dem Landtagspräsidenten Dr. Peter Wolf.

Im Begleitschreiben wird der Landtag ersucht, die Petition der Regierung zu unterbreiten, «um diese Angelegenheiten möglichst rasch zum Nutzen der weniger bemittelten Mitmenschen in unserem Lande umzusetzen». Im Sinne eines «Generationenvertrages 2000» hätten die Seniorinnen und Senioren ein starkes Interesse daran, heisst es weiter, «das Netz der sozialen Sicherheit für unsere Nachkommen zu sichern und die Belastungen für Wenigverdienende und Minderbemittelte, namentlich für Familien und Betagte, zu senken».

Sicherung der AHV

Ein Schwerpunkt der Petition betrifft deshalb auch die langfristige Sicherung der AHV-Rentenleistungen. Nach den Vorstellungen der Petitionäre sollen die Ausgaben der AHV die Einnahmen zu keinem Zeitpunkt übersteigen dürfen. Auch nach dem Jahr 2010 müsse ein

AHV-Fonds von mindestens zehn Jahresraten gesichert sein. Zur Gewährleistung bzw. Finanzierung der sozialen Sicherheit solle ein Teil der Mehrwertsteuer-Erträge verwendet werden.

Zur Frührentierung halten die Petitionäre fest, dass die Kosten nicht zu Lasten des AHV-Fonds gehen dürften. Angeregt wird die Schaffung eines Frührentierungsfonds, der mit Mitteln aus der Mehrwertsteuer und mit Staatsbeiträgen gespeist werden könnte. Bei den Ergänzungsleistungen schlagen die Senioren eine Vereinfachung des Anmeldeverfahrens vor, und im Bereich der IV soll die Entschädigung für Hörgeräte so geregelt werden, dass jeder Betroffene, sei er im Erwerbsleben oder im Rentenalter, den gleichen finanziellen Anspruch hat.

Steuerliche Entlastungen

Bei den Krankenkassen-Prämien geht eine Stossrichtung der Petition dahin, für Minderbemittelte und Rentner einkommensabhängige, nach Stufen eingeteilte Prämien einzuführen. Die verbilligten Prämien dürften jedoch nicht zu Lasten der medizinischen Betreuung und Leistungen gehen. Der Selbstbehalt soll nach freier Wahl erfolgen. Generell wird zur Grundversicherung festgehalten, dass sie die medizinische Betreuung und Qualitätssiche-

rung garantieren müsse. Die Unfallversicherung solle bei Rentnern und Nichterwerbstätigen eingeschlossen sein.

Sehr konkret werden die Petitionäre schliesslich bei den steuerlichen Entlastungsmöglichkeiten. So werden unter anderem eine Erhöhung der Haushaltsabzüge, eine Steuerbefreiung bis zu bestimmten Einkommensgrenzen und eine deutliche Erhöhung des Vermögensfreibetrages für natürliche Personen vorgeschlagen. Denn: «Der Sparer sorgt vor für seinen Lebensabend. Für den Nichtsparer sorgt der Sozialstaat, darum muss der Sparer gefördert und nicht bestraft werden.» Familienangehörige sollen zudem von der Schenkungs- und Erbschaftsteuer befreit werden.

Neuer Seniorenbeirat

Ihren mehrfach erklärten Willen, bei der Bewältigung anstehender Probleme aktiv mitzuwirken, bekräftigen die Petitionäre letztendlich mit dem Vorschlag zur Schaffung eines Seniorenbeirats, welcher der Regierung beratend zur Seite stehen und ein Vorschlagsrecht haben solle. Dieser Beirat könne der Regierung auch als Gesprächspartner bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen zur Verfügung stehen, heisst es in der Petition.

«Kleine» gewinnen auch

STROM-FORUM 1/2000

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft will den Strommarkt schrittweise für alle Kunden öffnen. Auch wenn – wie in ganz Europa – die Grosskunden zuerst Marktzugang erhalten, heisst das keineswegs, dass die Haushalte die Zeche zahlen. Im Gegenteil: Im internationalen Vergleich sind die Schweizer Haushaltstrompreise bereits heute konkurrenzfähig, im Unterschied zu den Industriestrompreisen.

Fairer Markt für alle

Im Interesse Ihrer Kunden will die Strombranche eine faire Marktöffnung für alle. Die Netze werden allen Anbietern gegen Entschädigung zur Verfügung gestellt. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen hat dazu ein einfaches, transparentes, nicht diskriminierendes Durchleitungsmodell beschlossen.

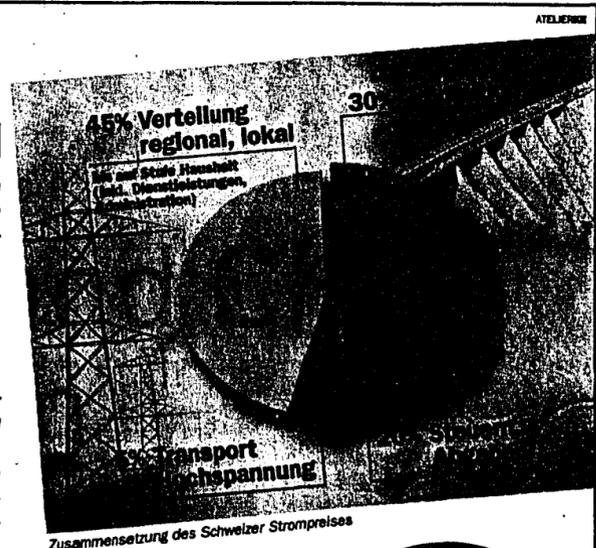
Nicht auf dem Buckel der «Kleinen»

Im internationalen Vergleich sind die Schweizer Haushaltstrompreise – im Unterschied zu den Preisen für Grosskunden – bereits heute günstig. Die Marktöffnung findet nicht

auf dem Buckel der kleinen Kunden statt – im Gegenteil. Sie werden in den Genuss neuer Wahlfreiheiten kommen.

Keine Stromverteuerung

Die Elektrizitätsunternehmen haben im Interesse aller Ihrer Kunden grosse Anstrengungen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung unternommen. Sie erwarten von der Politik, dass sie die im internationalen Vergleich hohen Abgaben auf dem Schweizer Strom für alle Kunden reduziert. So werden die Schweizer Haushalte auch preislich zu den Gewinnern der Strommarktöffnung zählen.



SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
Der Draht mit Zukunft